

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

48
Zweite Ausgabe

Wien, Freitag, den 11. Februar 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. Februar 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen 48 Geschäftsstücke. Davon werden 36 ohne Wortmeldung genehmigt. Darunter befinden sich die Anträge auf Bewilligung eines Betrages von 500.000 Schilling für die Gruppe der Gemeinde Wien innerhalb der Ausstellung "Wien und die Wiener", auf Errichtung eines Planetariums an der Museumstrasse durch die Wiener Messe für diese Ausstellung, auf Gewährung von Subventionen an den ersten österreichischen Krüppelarbeitsverein, an die Gesellschaft zur Förderung des Milchbrauereiwesens, an die Wiener Graphische Gesellschaft und an die Wiener volkstümlichen Universitätskurse, auf Verleihung eines Ehrenpreises an den Geflügelzuchtverein, auf einige Grund- und Hauskäufe, auf Strassenherstellungen in Währing (Wilbrandtgasse und Scheimpfluggasse) und in Floridsdorf (Magdeburgstrasse), auf Anschaffung einer Umformeranlage für den Stadtbahnbetrieb mit einem Kostenaufwand von 140.000 Schilling, auf Erneuerung von Oberleitungsanlagen der städtischen Strassenbahnen mit einem Kostenbetrag von 230.000 Schilling, auf die Herstellung von Zubauten und Pflasterungen in den Bahnhöfen der Strassenbahnen mit einem Aufwand von 144.000 Schilling, auf Erneuerungen an Hochbauten und Streckengebäuden der Strassenbahnen mit einem Erfordernis von 400.000 Schilling. Zur Deckung der Kosten der Fremdenverkehrskommission wurde für das Jahr 1927 ein Beitrag von 200.000 Schilling bewilligt. Auf Antrag des Gemeinderates Schütz wird auch im Jahre 1927 ein Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" mit Geldpreisen und Diplomen ausgeschrieben. Auf Antrag des Stadtrates Professor Tandler werden für die Kosten der Schülerspeisung in den Schulen, Kindergärten und Horten Zuschusskredite von 263.900 Schilling bewilligt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über verschiedene Investitionen im Braunkohlenbergwerk Zillingdorf. Durch die Anschaffung einer Förderbandanlage, durch die Aufstellung einer Versuchskohlentrocknungsanlage und durch die Erbauung einer Hochseilbahn soll der Betrieb modernisiert und verbessert werden. Die Investitionen erfordern einen Sachkredit von 2.415.000 Schilling.

Gemeinderat Panosch (chr. soz.) bemängelt, dass zu diesem wichtigen Referat keine näheren Informationen gegeben wurden. Er weist auch darauf hin, dass infolge dieser Modernisierung des Betriebes etwa dreihundert Angestellte im Laufe der Zeit werden abgebaut werden müssen. Wenn ein Privatunternehmer infolge Mechanisierung seines Betriebes Arbeiter abbaut, so wettern die Sozialdemokraten gegen das Kapital. Bei Ihnen aber selbst heisst Mechanisierung Betriebsfortschritt, den man eben machen müsse.

In seinem Schlusswort erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass Direktor Karel über die Investitionen in Zillingdorf einen fast einstündigen Vortrag gehalten habe. Im übrigen erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass sich der Abbau in den städtischen Unternehmungen gar sehr von einem Abbau der Privatindustrie unterscheidet. Die Arbeiter-

schaft der Privatindustrie würde froh sein, bei einem Abbau solche Möglichkeiten einer Existenzveränderung zu haben, wie sie die Gemeinde Wien ihren Angestellten bietet.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Broczyner ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 24.000 Schilling zur Deckung der Mehrauslagen der Fremdenverkehrskommission und um Bewilligung einer Subvention von 200.000 Schilling für das Jahr 1927 ebenfalls für die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich. Die Fremdenverkehrskommission, die erst im Vorjahre geschaffen wurde, hat sehr viel schöne Erfolge aufzuweisen. Wien hatte z. B. im Vorjahr mehr Fremde als Berlin.

Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) erklärt, dass die Christlichsozialen mit Freude die Erfolge der Fremdenverkehrskommission begrüßen und für jeden Antrag stimmen werden, der geeignet ist, den Fremdenverkehr zu heben. Aber es gehe nicht an, den Fremdenverkehr auf der einen Seite zu heben und ihn auf der anderen Seite zu hindern. Wir haben bei der Budgetberatung eine Reform der Finanzpolitik Breitners verlangt. Stadtrat Breitner hat uns aber erklärt, dass unsere Anträge nicht erledigt werden. Weiss er damit, was er gesagt hat? Ein Hindernis für die Hebung des Fremdenverkehrs ist vor allem die Fremdenzimmerabgabe, deren Beseitigung wir verlangt haben. Wien ist die einzige Stadt, die eine solche Abgabe hat, und wir werden solange kämpfen, bis diese Abgabe verschwindet. Die Fremden wöhnen sich in Wien als die Steuerobjekte Breitners. Breitner wird daher vor allem die Fremdenzimmerabgabe abschaffen müssen. Wir stimmen für den Antrag, aber wir werden immer darauf aufmerksam machen, dass nur durch eine vernünftige Steuerpolitik, soweit sie den Fremdenverkehr betrifft, dieser gefördert werden kann.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Broczyner, dass in vielen Ländern die Fremdenzimmerabgabe eingeführt wird. In vielen Ländern werden auch von den Fremden Staatsgebühren bezahlt. Wien ist gegenwärtig eine der billigsten Städte. Der Fremdenverkehr ist stets im Zunehmen begriffen. Im Uebrigen hat jeder Fremde in Wien auch die Warenumsatzsteuer zu bezahlen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen).

G. R. Peyer (chr. soz.) Reden Sie nicht von der Warenumsatzsteuer, denn Sie bekommen vierzig Prozent davon.

G. R. Broczyner: Wenn behauptet wird, dass die Fremden in Wien gewurst werden, so ist das sehr stark übertrieben.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G. R. Fischer beantragt mehrere Sachkredite für den Aufbau der Leitungsnetze der städtischen Elektrizitätswerke und der öffentlichen Beleuchtung. Als Beitragsleistung für 1927 für den Bau der Friedensbrücke wird ein Sachkredit von 33.000 Schilling angesprochen, für die Weiterführung der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung im Jahre 1927 sind 1.012.000 Schilling, für den Ausbau der Hochspannungsspeisekabelnetze sind 2.600.000 Schilling, für den Ausbau des Speiseleitungsnetzes für Gleichstrom, Verlegung von Verteilleitungen, Herstellung von Anschlüssen, Errichtung von Transformatorenanlagen und Umschaltung eines Teiles des Wiener Elektrizitätsgesellschaftsnetzes sind 2.139.000 Schilling und schliesslich für die Herstellung von Verteilleitungen und Transformatorenanlagen im Ueberlandsnetz sowie für den Ausbau verschiedener Ortsnetze 370.000 Schilling notwendig.

G.R. Scholz begrüsst den beabsichtigten Ausbau des Kabelnetzes der Elektrizitätswerke, wünscht jedoch über einzelne Posten Aufklärung insbesondere eine Präzisierung der Beitragsleistung. Schliesslich bemängelt er die Art der Bedeckung durch Bankkredite.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) findet es für notwendig, dass eine Abänderung über die Verrechnung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung durch eine eigene Verlage, die dem Gemeinderate zu unterbreiten wäre berwerkstelligt werde. Man wird dann wissen wer künftighin für die öffentliche Beleuchtung aufzukommen hat.

Der Referent entgegnet es handle sich um die Restpost für Nachtragsarbeiten. Bezüglich der öffentlichen Beleuchtung werden die Kosten auf das Gaswerk und das Elektrizitätswerk aufgeteilt, ein bestimmter Betrag für jedes einzelne Werk kann augenblicklich nicht angegeben werden. Die Frage der Bedeckung sei schon in der Budgetdebatte vom Finanzreferenten ausführlich erläutert worden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Fisch beantragt zur Anschaffung von rund 40.000 Stück Elektrizitätszählern, Schaltapparaten für Spezialtarife und Speichereinrichtungen den Elektrizitätswerken einen Sachkredit von 17 Millionen Schilling einzuräumen. Hiervon ist der Betrag von einer Millionen Schilling durch einen Bankkredit zu bedecken, der Rest von 700.000 Schilling auf die Wertverminderungsabschreibung zu verweisen.

G.R. Hürmayer (chr. soz.) wünscht Aufklärung, bei welchen Firmen die Bestellungen gemacht werden und ob durchwegs Inlandfirmen die Aufträge erhalten. Es darf nicht vorkommen, dass Auslandsfirmen die Bestellungen bekommen zu einer Zeit wo es im Inland so viel Arbeitslose gibt.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt feststellen zu müssen, dass auch bei dieser Post über die Art der Bedeckung unzulässige Vorschläge gemacht werden. Es möge endlich die Bilanz der grossen städtischen Unternehmungen dem Gemeinderate bekanntgegeben werden.

Der Referent erwidert, dass die Zähler durchwegs im Inland erzeugt und an das Ausland nichts vergeben wird. Die Elektrizitätswerke überwachen sogar genau dass die mit den Lieferungen beteiligten Firmen nicht einzelne Bestandteile aus dem Ausland beziehen.

Der Antrag wird dann angenommen.

St.R. Tandler beantragt die Errichtung einer ärztlichen Mutterberatungsstelle im Entbindungsheim der Stadt Wien, das sich im Brigittaspital befindet.

G.R. Dr. Motzko (chr. soz.) hat gegen den Ausbau der Mutterberatung nichts einzuwenden, wendet sich jedoch gegen die vollständige Monopolisierung der Mutterberatung durch die Gemeinde und tadelt die völlige Ausschaltung der freiwilligen Fürsorge. Auch hier werde in einseitiger Art gegen den Caritasverband Front gemacht. Die gesamte Mutter- und Säuglingsfürsorge soll durch städtische Stellen ersetzt werden, nur eine Stelle erfreue sich der Gunst des Rathauses, der Zentralkrippenverein, der sozialdemokratisch orientiert ist und neustens sogar eine Konzession erhielt, die man dem Hilfsverein für Lungenkranke weggenommen hat mit der Begründung, dass der Zentralkrippenverein wichtiger sei, weil er für die ganze Stadt Wien arbeite. Das sei ein deutlicher Beweis wie stark der Fürsorgegedanke mit der Parteipolitik verknüpft werde. Die Gemeinde habe kein Recht das gesamte Familienleben zu sozialisieren. Die angekündigte Beteiligung sämtlicher Wöchnerinnen mit Säuglingswäsche sei ein verfrühter Wahlschlager, denn die Angelegenheit stehe noch in den ersten Anfängen.

St.R. Tandler entgegnet, dass das Entbindungsheim in einem Elendsviertel Wiens in der Brigittenau sich befinde und einer eigenen Mutterberatungsstelle bedürfe. In Wien bestehen 70 Mutterberatungsstellen,

dass sei zweifellos zu viel in einer Stadt in der im Jahr 23.000 Kinder geboren werden. Redner bemerkt er werde sich mit den privaten Vereinigungen nicht um die Säuglinge raufen aber er habe die Mission Säuglings- und Mutterberatung zu betreiben, insbesondere für die ledigen Mütter zu sorgen. Seine Intention sei der mögliche Ausbau der schwangeren Beratung. Seinerzeit habe er den Vertretern der privaten Vereine vorgeschlagen, mit der Gemeinde gemeinsam die Mutterberatung vorzunehmen. Die unentgeltliche Beteiligung von schwangeren Frauen mit Säuglingswäsche sei eine ernste Angelegenheit.

G.R. Angermayer (chr. soz.): Das sind die Wahlwindel!

St.R. Tandler: Sie können nicht von uns verlangen, dass wir heute schon die Wahlzweckknödel machen. (Heiterkeit bei der Mehrheit).

G.R. Preyer (chr. soz.): Da wird draufstehen: Wählet sozialdemokratisch!

St.R. Tandler: Auf diese Idee bin ich bisher nicht gekommen, nehme sie aber zur Kenntnis, jedenfalls werden wir uns bemühen, die Windel weiss zu lassen. (Heiterkeit). Wir geben auch heute den armen Frauen Wäsche. Neu daran ist, dass heute eine ganze Reihe Recherchen notwendig ist, bevor wir den armen Frauen helfen können. Wir sagen uns, dass es notwendig ist hier ein rascheres Tempo einzuschlagen. Es sollen jene Frauen, die arm sind, schon in den letzten zwei Monaten ihrer Schwangerschaft ihre Wünsche mitteilen können. Sie werden vorgemerkt, damit sie rechtzeitig die Säuglingswäsche erhalten.

G.R. Müller (chr. soz.): Wenn es aber eine Frühgeburt ist?

St.R. Tandler: Ich möchte den Herrn Gemeinderat mitteilen, dass nach sieben Monaten eine Frühgeburt nicht mehr möglich ist. (Heiterkeit). Deshalb wählen wir ja die letzten zwei Monate. (Zwischenrufe des Gemeinderates Müller). Ich lade den Herrn Gemeinderat ein mit mir privat sich über das Kapitel Frühgeburten zu beraten, ich werde ihn hinsichtlich sexuell aufklären. (Grosse Heiterkeit). Ich bitte um die Annahme des Antrages. Der Antrag wird hierauf angenommen.

G.R. Kohl referiert über den Ankauf von Gründen an der Dietrichgasse-verlängerten und Erdbergerlande. Die Gründe würden von der Firma G. Roth & Co. der Gemeinde Wien zum Kauf angeboten und schliesslich um 130.000 Schilling gekauft.

St.R. Rummelhardt (chr. soz.): Wir haben erwartet, dass Gemeinderat Kohl, sobald er am Referententisch erscheint, das Gutpacht, was er verbroschen hat. Wir haben es uns schon nicht erklären können, wie der Herr Gemeinderat Kohl überhaupt als Referent berufen werden kann. Wir haben erwartet, dass Herr Kohl seine Aeusserungen zurücknimmt und uns um Entschuldigung bittet. Gemeinderat Kohl hat nämlich im

Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl: Das war ja nicht im Saal! Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen und Raife: Frechheit bleibt Frechheit!

St.R. Rummelhardt: Gemeinderat Kohl hat nämlich im Garderoberraum in den wir ebenfalls aufhalten müssen die Aeusserung getan, er werde die Arbeiter der Siemens Schuckertwerke holen, damit sie uns hinauswatschen. Wir mussten, da wir uns in diesem Garderoberraum, wie schon gesagt, ebenfalls aufhalten müssen, diese rüde Bemerkung hören. Wir weisen Sie auf das entschiedenste zurück...

Auf den Bänken der Christlichsozialen entsetzt ein tumultöser Lärm. Dem Gemeinderat Kohl wird zugerufen: Das lassen wir uns nicht bieten!

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) Ich erkläre hier ausdrücklich, dass ich diese Aeusserung des Herrn Gemeinderates Kohl auch als eine Beleidigung der Arbeiterschaft der Schuhbetriebe empfinde, weil Kohl die Arbeiter zu seinen Bütteln aufgerufen hat. Wir protestieren dagegen, dass Kohl am Referententisch verbleibt, so lange er seine Aeusserungen nicht zurückgenommen hat.

Als Stadtrat Rummelhardt seine Ausführungen beendet hatte, rufen die Christlichsozialen im Chor: Abzug Kohl! Als Gemeinderat Kohl sein Schlusswort halten will, ziehen einzelne Christlichsoziale die Leiden aus ihren Bänken und schlagen damit auf die Pulte. Andere bearbeiten mit Fäusten, Aktentaschen und Büchern die Pulte. Dabei rufen die Christlichsozialen unausgesetzt: Watschenreferent! Abzug Watschenmann! Der Lärm dauert einige Minuten und Gemeinderat Kohl spricht nur für die Stenografen, die zum Referententisch geeilt sind, verständlich, einige Schlussätze. Unter lebhaftem Beifall der Mehrheit verlässt Gemeinderat Kohl den Referententisch.

Als Ruhe eintritt, erteilt der Vorsitzende der Gemeinderätin Lippa (Soz. Dem.) das Wort, die über die geschenksweise Ueberlassung der Bibel für die Kinder der ersten Volksschulklasse berichten soll.

Gemeinderätin Lippa hat kaum einige Sätze gesprochen, als Gemeinderat Doppler (chr. soz.) ruft: Die Mehrheit identifiziert sich mit dem Gemeinderat Kohl! Die Sozialdemokraten rufen: Ihr könnt zerspringen! Gemeinderat Hedorfer eilt zu den Bänken der Christlichsozialen und ruft: Jetzt könnt ihr aber doch einmal Ruhe halten, es referiert doch eine Frau. Die Christlichsozialen rufen unausgesetzt: Pfu! Abzug Kohl! Gemeinderat Reismann (Soz. Dem.) ruft: Der Herr Rummelhardt wird mit uns nicht kommandieren! Gemeinderat Doppler: Herr Kohl soll sich parlamentarisch benehmen. Gemeinderat Reismann: Sie brauchen doch selbst einen Kurs über parlamentarische Sitten! Sie und die Herren Stöger und Preyer haben sich hier die grössten Gemeinheiten geleistet und sich nie entschuldigt! Bei diesen Worten springt Gemeinderat Doppler, der nur durch einen Gang von Gemeinderat Reismann getrennt sitzt, auf und es hat den Anschein, als wollte er sich auf den Gemeinderat Reismann stürzen. Sofort eilen von allen Seiten Gemeinderäte herbei, die einen Zusammenstoss verhindern. Man hört in dem Lärm den Gemeinderat Stöger nach einem Ordnungsruf für Gemeinderat Reismann rufen. Gemeinderat Preyer schreit: Das ist ein parteilicher Vorsitzender! Die Sozialdemokraten rufen dem Gemeinderat Preyer lachend zu: Lauter! Lauter!

Endlich gelingt es dem Vorsitzenden, Gemeinderat Weigl die Ruhe herzustellen und Gemeinderätin Schlössinger (chr. soz.) führt nun aus: Wenn Herr Gemeinderat Weigl den Vorsitz führt, abtötet er strenge auf eventuelle Kritiken, die seiner Partei zukommen. Er hält sich aber nicht daran, wenn es sich um Anfeindungen der Minderheit handelt.

G. R. Preyer (chr. soz.): Das ist ein parteilicher Vorsitzender!

G. Rätin Schlössinger: Ich will nun zu dem Antrag selbst sprechen. Ich habe hier einige Musterbibeln mitgebracht.

Sie zeigt eine solche Bibel, hebt sie hoch und aus der Bibel fallen einzelne Blätter heraus.

G. R. Preyer (chr. soz.): Das ist die sozialdemokratische Musterlektüre für die Kinder!

G. Rätin Schlössinger: So jange sich das Buch in einem guten Zustand befindet, wird es den Kinder nicht geschenkt. Wenn es aber schon in einem unbeschreiblichen Zustand befindet, dann ist es für ein Geschenk gut genug. Die Kinder werden sich von solchen fliegenden, schmutzigen Blättern mit Ekel abwenden und die Mütter werden diese losen Blätter, bei denen man noch befürchten muss, dass sie sehr stark Bakterien weiterverbreiten, in den Ofen stecken. Es ist für die Gemeinde Wien eine Schande, derartige Geschenke zu machen. Nicht alle Kinder aber kommen für dieses Geschenk in Betracht. Eine grosse Zahl von Bibeln fehlt überhaupt in den Schulen, weil eben zu wenig Bibeln da sind. Die Einführung dieser Bibel ist überhaupt ein Musterbeispiel, wie Bücher von Ihnen eingeführt werden. Früher wurde jedes Buch von den Lehr-

rerkonferenzen gewissenhaft geprüft. Heute ist es anders. Heute tun sich ein paar Parteimänner zusammen und geben ein Buch heraus. Die Bücher passieren nur die Jugendschriftenprüfungskommission, die sich das Vertrauen der Lehrer schon lange erworben hat. Diese Prüfungskommission hat zum Beispiel auch die "Reise ins Hottentottenland" ein skandalöses Erzeugnis befürwortet. Auch diese Bibel ist ohne Befragung der Lehrerschaft in die Schulen gekommen. Mit ihr wurde der Lehrerschaft eine neue Methode aufgedrungen. Wir hatten früher eine ganz ausserordentlich gute Bibel. Die jetzige weist viele Mängel auf, von christlich-deutscher Kultur steht in der Bibel überhaupt nichts darinnen.

Rednerin stellt sich schliesslich den Resolutionsantrag bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher nach den Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Unterrichtsordnung das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenzen zu wahren.

Gemeinderätin Lippa stellt in ihrem Schlusswort fest, sie habe der Gemeinderätin Schlössinger über die Verwendungsdauer der Schulbücher die Auskunft geben lassen, dass diese Bücher für ein Jahr zu verwenden seien.

Der Antrag wird sodann angenommen, der Resolutionsantrag Schlössinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gemeinderat Rausnitz beantragt einen Nachtragskredit von 56.000 Schilling zu den Kosten der Erbauung eines Sandlagers im Bahnhof Rudolfshaus der städtischen Strassenbahnen, und begründet diese nachträgliche Forderung damit, dass während der Arbeiten ein Wassereinbruch erfolgte, und verschiedenen Nebenarbeiten durchgeführt werden mussten, die einen grösseren Aufwand erfordern.

Gemeinderat Haider (chr. soz.) lässt diese Begründung nicht gelten, weil nach seiner Anschauung bei entsprechend sorgfältiger Untersuchung des Bodens unschwer hätte festgestellt werden können, dass das Erdreich zur Erbauung der Sandstätte ungeeignet ist. Er bezeichnet die Forderung des Nachtragskredites als leichtfertiges Verschleudern von Steuergeldern.

Der Referent entgegnet, selten ein Vorwurf unbegründeter gewesen, wie der eben vorgebrachte. In unmittelbarer Nachbarschaft der Anlage befindet sich eine Wagenhalle und bei deren Erbauung ist ein um einige Meter tieferer Grund ausgehoben worden, ohne dass auch nur ein Tropfen Wasser zum Vorschein gekommen wäre. Man konnte also mit Recht annehmen, dass auch der Nachbarplatz für die geplante Anlage geeignet sei. Während der Arbeiten stiess man aber unvermutet auf eine Wasserader, deren Vorhandensein doch niemand vorher wissen konnte.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Gemeinderat Reisinger beantragt für die im Jahre 1927 vorgesehenen Geleiseerneuerungen der städtischen Strassenbahnen einen Sachkredit von 3.8 Millionen Schilling zu bewilligen. Die Auswechslungen umfassen hundert Objekte, die sich auf alle Bezirke verteilen.

Gemeinderat Lehminger (chr. soz.) sagt, dass er auf verschiedene Uebelstände bei den Auswechslungsarbeiten hinweisen müsse. Die Geleise befinden sich vielfach in geradezu skandalösem Zustande, insbesondere an der Peripherie der Stadt. Trotz dieser unerlässlichen Erneuerungsarbeiten wird der Abbau der Strassenbauarbeiter fortgesetzt, es werden Leute mit sieben bis vierzehn Dienstjahren plötzlich Knall und Fall entlassen. Später stellt man sie dann als billige Saisonarbeiter ein. Der ärgste kapitalistische Unternehmer könne es nicht ärger treiben. Die Gemeinde aber habe die Pflicht in ihren eigenen Unternehmungen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Gemeinderat Reisinger entgegnet, dass die Geleisearbeiter Saisonarbeiter seien und acht bis zehn Monate im Dienste stehen. Die Beschwerden des Gemeinderates Lehminger betreffen Einzelfälle, die er dem zuständigen Stadtrat Emmerling zur Kenntnis bringen werde.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Gemeinderat Schneider beantragt die Bewilligung eines Nachtragskredites von 3000 Schilling für den Strassenbau in der Untermeidlgassestrasse.

Vierter Bogen.

Gemeinderat Merbau (chr. soz.) spricht über die Strassenverhältnisse des Bezirkes Margareten und beklagt insbesondere den Zustand, der den Nachmarkt begrenzenden Strassen.

In seinem Schlusswort erwidert Gemeinderat Schneider, dass die Gemeinde immer bestrebt ist, die Strasse in einem guten Zustand zu versetzen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Schütz berichtet, dass die Vakuum Oil Compagnie A. G. um Aufstellung einer öffentlichen Benzinzapfstelle innerhalb der öffentlichen Anlage auf dem inneren Lerchenfeldergürtel nächst der Einmündung der Lerchenfelderstrasse angesucht hat. Er ersucht daher die Bestimmungen über die Festsetzung von Parkschutzgebieten entsprechend zu ändern.

Gemeinderat Ullreich protestiert gegen die Aufstellung der Benzinzapfstelle. Erstens befinden sich an dieser Stelle schon viele andere Objekte, wodurch die Allee verschandelt wird und zweitens wirkt die Nähe zweier dort befindlicher Gasdrucklegerhäuschen für das Benzinreservoir eine Explosionsgefahr. Er stellt daher den Antrag, das Geschäftsstück zurück zuverweisen und einen anderen Aufstellungsort für die Benzinzapfstelle zu wählen.

Gemeinderat Schütz erklärt, dass die Benzinlagerung von der Baupolizei genehmigt sei und jede Explosionsgefahr ausgeschlossen ist.

Der Rückverweisungsantrag des Gemeinderats Ullreich wird abgelehnt und der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Um 9 Uhr bricht der Gemeinderat die Geschäftssitzung ab.

.....

oben von Ihnen
unten führt weiter
aus dem Jahre
von 1900